

BRONSKIS WOCHE

Heute mal ein grundsätzliches Wort, liebe Leserinnen und Leser! (Sie merken am Ausrufezeichen: Jetzt wird's ernst.) Ich bekomme immer wieder Nachfragen von Menschen, die mir was zur Veröffentlichung fürs FR-Forum geschickt haben. Früher nannten wir das Leserbrief, heute sagen wir geschlechtsneutral „Zuschrift“ dazu. Bisschen gewöhnungsbedürftig, aber das kriegen wir hin. Diese Menschen fragen also nach, warum ihre Zuschrift abgelehnt und nicht veröffentlicht wurde. Mir ist wichtig, dies mal grundsätzlich klarzustellen: Die Nicht-Veröffentlichung einer Zuschrift bedeutet nicht deren Ablehnung! (Schon wieder ein Ausrufezeichen.) Es gibt einen einfachen Grund, warum im Print-Forum nur eine begrenzte Zahl von Zuschriften veröffentlicht werden kann: der Platz in der Zeitung. Reden wir drüber unter: frblog.de/homeoffice-278
Ihr Bronski



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Anträge für die Galerie

Erwiderung auf „Moratorium für die A49“, FR-Forum vom 8. Dezember

Unwahr ist das nicht, was Frau Schüder in ihrem Leserbrief darlegt. Es ist nur leider nicht die ganze Wahrheit. Zu dieser gehört der Umstand, dass die hessischen Grünen 2013 und 2018 in ihren Koalitionsvereinbarungen den Weiterbau der A 49 mit der CDU vereinbart hatten. Vor allem 2018 (letzte Landtagswahl in Hessen) war dieses Zugeständnis an die Mehrheitspartei CDU nach hohen Stimmengewinnen (fast 20 Prozent) der Grünen nicht nachvollziehbar. Ebenso unverständlich ist die Tatsache, dass nach eigenen Angaben 90 Prozent der Parteimitglieder in Hessen dieses Papier absegneten. Ebenfalls zur Wahrheit gehört, dass im Oktober 2020 die hessischen Landtagsgrünen Anträge der Linkspartei auf Baustop bzw. coronabedingten Räumungsaufschub zusammen mit AfD, SPD, FDP und CDU abschmettern haben.

Was den Antrag der grünen Bundestagsfraktion vom September 2020 angeht: Aus der Opposition heraus kann man leicht Anträge für die Galerie stellen. Christina Romeis, Bad Vilbel

Diskussion: frblog.de/gruene

SORRY

Im Artikel über Bob Dylan („Von ihm konnte die Musikszene auch geschäftlich lernen“ vom 9.12., S.23) schrieben wir: „Das Besondere an den frühen Dylan-Alben bestand darin, dass sie von einem Sänger eingespielt worden waren, der die Songs komponiert und getextet hatte.“ Richtig ist, dass „Bob Dylan“, sein erstes Album, nur zwei eigene Stücke enthält. Im Folgealbum „The Freewheelin' Bob Dylan“ war das Verhältnis genau umgekehrt.

Wo sind die Grenzen des Zumutbaren?

Ausgangssperren: „Nicht mehr besonnen“, FR-Regional vom 9. Dezember

Solidarität in schwierigen Zeiten

Da hat der Kommentator wohl Ursache und Wirkung völlig falsch verstanden. Hätten Bürger:innen im Vorfeld neuer Einschränkungen besonnen agiert, und sich gegenüber ihren nicht so „partyaffinen“ Mitmenschen sozial, solidarisch, und weniger egoistisch an die bis dato geltenden Regeln gehalten, hätte es dieser neuerlichen Maßnahmen nicht bedurft. Leider war dies nicht der Fall, so dass jetzt wieder alle mit den verschärften Vorgaben leben müssen. Statt die Regierungsverantwortlichen mit anklagendem Lamento zu überziehen, hätte P.v.B. sein Forum besser nutzen sollen, um die Mitbürger:innen zur Solidarität in schwierigen Zeiten zu ermuntern. Klaus Schnell, Neu-Anspach

Ein kompletter Lockdown als effektivste Methode

Sehr geehrter Herr von Bebenburg, Sie haben sich gegen Ausgangssperren als Mittel zur Eindämmung der Corona-Pandemie ausgesprochen. Sie empfinden die Maßnahme als unbesonnene Einschränkung unserer bürgerlichen Freiheiten und bezweifeln, dass Partywillige dadurch von ihren Aktivitäten abgehalten werden können.

Ich bin Arzt in einem Frankfurter Krankenhaus. Wir haben die dritte Intensivstation zur Behandlung von Patienten aufgemacht, damit sowohl Covid-Kranke, als auch andere Intensivpatienten behandelt werden können. Als mündige Bürger haben wir es nicht geschafft, uns so zu verhalten, dass die Infektionen sich in Grenzen halten.

Unsere verantwortlichen Politiker haben sich zu vorsichtigen Maßnahmen entschieden in der Hoffnung ohne zu viel Missmut,

wirtschaftlichen Schaden und Nachteile bei der Entwicklung unser Kinder die Anstiegswelle zu bremsen. Es ist ihnen nicht gelungen. Von daher ist es dringend erforderlich, drastische Maßnahmen zu ergreifen, weil in Studien nachgewiesen ist, dass Kontaktbeschränkungen, die schnell eingeführt werden, am schnellsten dazu führen, die Infektionszahlen nach unten zu drücken.

Die effektivste Methode wäre ein kompletter Lockdown. Wenn man sich dazu nicht entscheiden will, ist es logisch, den Lockdown auf das Freizeitverhalten zu beschränken. Ihre Bedenken, dass ausgeliehene Hunde, private Ganznachtfeiern und Ähnliches die Ausgangssperre umgehen, ist kein Argument gegen die Wirksamkeit der Maßnahme, sondern ein Hinweis, was getan werden muss, um verständlich zu machen, was jeder von uns dazu beitragen kann, dass die Infektionszahlen wieder sinken. Da unsere Einsicht offensichtlich nicht ausreicht, braucht es die ordnende Hand der Obrigkeit.

Ich würde mir von Ihnen wünschen, dass Sie zu mehr Besonnenheit bei uns Bürgern aufrufen: Trage ich mit dem, was ich gerade mache, mit wem ich mich gerade treffe, zu mehr oder weniger Corona-Verbreitung bei? Dr. Andreas Fischer, Frankfurt

Wer bestimmt, was zumutbar ist?

Herr von Bebenburg schreibt, dass eine Ausgangssperre die Grenzen des Zumutbaren überschreitet. Dazu drei Anmerkungen: Wo liegt und wer bestimmt die „Grenze des Zumutbaren“? Nicht die politischen Anordnungen sind eine Zumutung, sondern das Corona-Virus und die Menschen, die das Virus durch Egoismus und Rücksichtslosig-

keit weiter verbreiten. Unsere Eltern und Großeltern haben im Krieg und auf der Flucht noch ganz andere Einschränkungen und Zumutungen ertragen müssen. Fritz Hahnkamp, Neu-Isenburg

Wie wäre es mit einer Bundesstiftung?

Jetzt haben wir ihn, den zweiten Lockdown. Scheinbar unvermeidlich wird es vor allem wieder jene treffen, die ohnehin um ihr wirtschaftliches Überleben kämpfen: die Kulturbranche, Gaststätten und Hotels, die Tourismusbranche. Im Gegensatz zum ersten Lockdown soll diesmal niemand vergessen werden? Klingt gut, aber wie ist das mit den vielen Soloselbstständigen (in der Kulturbranche), die eher geringfügige Betriebskosten haben, die mit ihren Einkünften „nur“ ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen? Bei ihnen bleibt, wie es scheint, alles wie gehabt: Lebenshaltungskosten sind nicht förderfähig. Wer als Soloselbstständiger keine oder nur noch geringfügige Einkünfte erzielt, beantragt im Notfall Hartz IV.

Angesichts des nationalen Kraftakts, der uns laut Bundeskanzlerin bevorsteht, schlage ich Folgendes vor: Die Bundesregierung richtet eine Bundesstiftung ein zur Unterstützung derer, die durch die im Zusammenhang mit Corona ergriffenen Maßnahmen in existenzielle Notlage geraten. Als erstes entrichten bitte die Minister:innen von Bundes- und Landesregierungen sowie die Bundes- und Landtagsabgeordneten eine Spende, ich würde einen Richtwert von 20 Prozent des Bruttoeinkommens vorschlagen. (Diese Fantasie ist natürlich Satire.)

Jochen Schimmelschmidt, Friedrichsdorf

Diskussion: frblog.de/weihnacht2020

FR ERLEBEN

Bascha Mika unterhält sich im Gespräch mit Annette Milz (Moderation) über den Strukturwandel in Journalismus und Medienwelt: „Was war? Was kommt? Was bleibt?“ Mit dabei: Werner D'Inka (FAZ), Hans-Dieter Hillmoth (Radio FFH) und Heinz-Dieter Sommer (Hörfunk-Chefredakteur des HR). Livestream über Youtube und Facebook oder via Zoom. Info: frankfurterpresseclub.de
Dienstag, 15. Dezember, 19.30 Uhr

Es wird immer kuscheliger zwischen CDU und AfD

Zu: „Schlechter Tag für die Medien“ und „Ein Geschenk für die AfD“, FR-Politik und -Meinung vom 9. Dezember

Ich wüsste gern detaillierter über das Geld Bescheid

Im Kommentar wird gegen Ende auf etwas Wichtiges hingewiesen: Die Koalition in Magdeburg hätte eine Zustimmung zur Gebührenerhöhung durch Reformforderungen „ergänzen sollen“.

Die inhaltlichen Aspekte der Gebührenerhöhung spielen in der Berichterstattung über die Debatte in Magdeburg nur indirekt eine Rolle und auch nur so weit, dass die Notwendigkeit, die Bedeutung des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks und Fernsehens für die Demokratie betont wird. Nun ja, das stimmt ohne Einschränkungen.

Ich als Nutzer wüsste allerdings gern detaillierter über die Verwendung der Gelder Bescheid. Jan Böhmermann hat in einer Sendung mal von hohen Gehältern gesprochen und dazu in einem Nebensatz (sinngemäß) gesagt: Ach so hohe Gehälter, das muss man denjenigen, die nicht

beim Fernsehen sind, nochmal erklären (Ende). Da könnte man sofort Verdacht schöpfen, den man allerdings dann auch beweisen und konkretisieren können sollte.

Zudem wird häufig vom Qualitätsfernsehen und -Rundfunk gesprochen. Auch das ist in dieser Allgemeinheit wenig aussagekräftig. Welche Qualität ist gemeint bei Tierfilmen, Quizshows, Kultursendungen, Kriminalfilmen, politischer Berichterstattung etc.? Doch nicht allein die Tatsache, dass es all diese Genres gibt. Ich kann mir nur ein Bild machen von dem, was ich sehe – besser: gesehen habe; ich kann nur sagen: Die meisten Krimis sind dürftig bis schlecht, die Quizshows sicher kein Bildungsfernsehen, die Talkshows enerzierend. Andererseits im Radio (z.B. DLF, WDR5, NDR Kultur) häufig hoher Wert!

Da spielt selbstredend viel individueller Geschmack und Intellekt eine Rolle – umso wichtiger

sind kritische Beobachtung und Begleitung sowie Selbstkritik.

Jürgen Wunder, Hamburg

Ein denkwürdiger Satz mit Zündstoff

So langsam wird's kuschelig zwischen CDU und AfD. Wen wundert es, denn der Gauland war sicher nicht der einzige Rechtsextreme, den die alten Kameraden in der CDU „geparkt“ hatten, und die Schwester CSU hatte und hat ja auch nicht wenige solcher Leute in ihren Reihen.

Warum hat man eigentlich nicht auf kluge Leute gehört? Kurz vor meinem 18. Geburtstag anno 1971 ist einer dieser klugen Menschen vom Amt des Bundesfinanzministers unter Willy Brandt von seinem Amt zurückgetreten, sein Ressort ging an den „Superminister“ Karl Schiller. In einer der Bundestagsdebatten, die diesem Rücktritt vorausgingen, hat Alex Möller folgenden Satz gesagt: „Die CDU/CSU steht

denen geistig näher, die zwei Weltkriege und zwei Inflationen verursacht haben!“

Wir haben diese Debatte im Unterricht in der Berufsschule verfolgt; unser politisches Bewusstsein war wenig ausgeprägt bis nicht vorhanden, aber dass dieser Satz Zündstoff hatte, war uns klar. Nur leider wurde dieser Zündstoff durch die Jahrzehnte, in denen laut Berichten des Verfassungsschutzes „rechtsextreme Tendenzen nicht vorhanden sind“, unbrauchbar und verkam zum Silvesterböller. Mag nicht heute mal jemand den Alex Möller posthum loben für seine Weitsicht oder vielleicht auch nur für seine präzise Beobachtung?

Und heute sitzen solche Leute mit brauner Gesinnung im Bundestag und dürfen ihren geistigen Unrat öffentlich verbreiten! Alex Möller dreht sich im Grab um! Und mit ihm viele, viele Demokraten. Gerhard Schlesinger, Eppstein

Diskussion: frblog.de/stahlknecht